

Hohenstein-Ernstthal-Tagelblau

Amtsblatt



Anzeiger

für
Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Kirchheim, Ruchsnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10.65 Mk., monatlich 3.55 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postsparkonto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpusbreite 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., im Reklameteil 1.25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachschlag. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 60

Sonnabend, 13. März 1920

70. Jahrg.

Die Angst vor dem Willen des Volkes.

Wie das „Berl. Tgl.“ erfährt, beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung ihren bereits bei den Verfassungsverhandlungen formulierten, dann aber zurückgezogenen Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag und nicht direkt vom Volke gewählt wird, wieder einzubringen. Es verläutet, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für diese Verfassungsänderung gesichert ist.

Der sozialdemokratische Wunsch, die Wahl des Reichspräsidenten nicht vom Volke vornehmen zu lassen, ist, wie das „Chemn. Tgl.“ richtig hervorhebt, von der Angst diktiert, daß der sozialdemokratische Kandidat bei der Volkswahl eine schwere Niederlage erleiden könnte. Mergel als durch den beabsichtigten Antrag kann die sozialdemokratische Forderung von der Souveränität des Volkswillens nicht verhöhnt werden. Die Nationalversammlung wird nicht aufgelöst, weil man vom kommenden Reichstag befürchtet, daß er den Gesetzen, wie sie die jetzige Mehrheit wünscht und braucht, infolge seiner veränderten Zusammensetzung nicht zustimmen wird. Rücksichtslos läßt die Regierung alle ihr genehmen Gesetze durchpeitschen, obwohl sie weiß, daß die Mehrheit der Nationalversammlung nicht mehr den Willen der Mehrheit des Volkes darstellt. Ebenso bei der Präsidentenwahl. Auch hier fürchten die gegenwärtigen Herrscher die Stimme des Volkes und wollen deshalb verhindern, daß das Volk seinen eigenen Willen kundtut. Es gibt kein erträglicheres Schauspiel, als mit Menschen zu müssen, wie auf der einen Seite der Wille des Volkes als das oberste Gesetz gepriesen, auf der anderen Seite mit allen Kniffen gearbeitet wird, um auf jeden Fall zu verhüten, daß das Volk sein Wortum sprechen kann.

Die Stellung des Zentrums.

Die „Germania“ sagt zu der Meldung des „Berl. Tagebl.“: Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß manche Bedenken gegen die Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk sprechen, aber ebenso schwerwiegende Bedenken liegen gegen die Wahl durch das Parlament vor. Im Zentrum dürfte man jedenfalls nicht so ohne weiteres geneigt sein, die Hand zu einer Verfassungsänderung zu bieten.

Man entschuldigt sich.

Mittwoch nachmittag erschien einer Meldung aus Paris zufolge der deutsche Geschäftsträger Meyer beim Ministerpräsidenten Millerand, um ihm die Entschuldigung seiner Regierung wegen der Vorfälle, die sich kürzlich im Berliner Hotel Adlon ereignet haben, zu überbringen. Millerand nahm Kenntnis davon. Bei dieser Gelegenheit sah er sich veranlaßt, die Unannehmlichkeit des deutschen Vertreters auf andere Vorfälle gleichen Charakters zu lenken, die ihm in der letzten Woche gemeldet worden seien; er fügte hinzu, daß diese sich vielleicht nicht ereignet hätten, wenn die deutschen Behörden mehr Raschheit und Energie angewandt hätten, um die Gewalttätigkeiten zu ahnden, auf die im Monat September General Nijffel und dann der Oberste Rat die Regierung hingewiesen hätte.

Also auf eine höfliche Entschuldigung eine unhöfliche Antwort. Von Entschuldigungen der französischen Regierung wegen der zahllosen Morde und Schandungen, die von Franzosen im besetzten deutschen Gebiet begangen worden sind, hat man freilich nie etwas gehört.

Eine kleine Anfrage in der Volkskammer.

Der Abgeordnete Dr. Wagner (Deutschn. Volksp.) hat mit Unterstützung anderer Mitglieder seiner Fraktion folgende kurze Anfrage eingebracht:

„Die neue Reichsverfassung enthält als eine ihrer wesentlichsten Bestimmungen, wegen deren sie als die demokratischste der Welt gerühmt wurde, in Artikel 41 den Grundsatz, daß der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volk gewählt werden soll. Das Reichsoberhaupt soll also nicht von Parteire-

vertretern, sondern von allen deutschen Staatsbürgern gewählt werden. Es sind Bestrebungen im Gange, das deutsche Volk um dieses wichtige Recht zu bringen und unter Venderung der noch kein Jahr alten Reichsverfassung die Wahl des Reichspräsidenten parlamentarischen Körperlichkeiten zu übertragen. Ist die sächsische Regierung gewillt, solchen Plänen entgegenzutreten und im Reichsrat dagegen zu stimmen?“

Das Wirtschaftsmemorandum der Entente.

In seinem Bestreben, die wirtschaftliche Hilfe für Deutschland zu hintertreiben, hat Frankreich — bisher — keinen vollen Erfolg gehabt, denn der aus London gemeldete offizielle Wortlaut des Wirtschaftsmemorandums des Obersten Rates weicht in seinen wesentlichsten Punkten von der Veröffentlichung des „Temps“ ab, obgleich der „Temps“ das Sprachrohr der französischen Regierung in dieser Angelegenheit ist. Und wie der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ mitteilt, ändert die auf Wunsch Millerands vorgenommene Streichung über die Deutschland zu gewährenden Anleihe nichts an den tatsächlichen Entschlüssen des Obersten Rates über diese Anleihe. Dies geht deutlich aus dem übrigen zwölf Seiten langen Inhalt des Dokuments hervor.

Die Neutralen und das Wirtschaftsabkommen

Die „Wall Street Journal“ bezaubert, daß das Programm Mittis infolge des französischen Widerspruchs dem Wirtschaftsmemorandum der Alliierten nicht zugrunde gelegt werden konnte. Dieses Programm hätte den Neutralen bei einer deutschen Anleihe eine erste Hypothek garantiert. Wenn aber die Entschuldigungsprache der Kriegsgegner Deutschlands den Ansprüchen der neuzuschaffenden deutschen Gläubiger vorangingen, so würden auf die deutsche Anleihe keine tausend Franken gezeichnet werden. Frankreich verkennt die Tatsache, daß es nicht gleichzeitig von den Neutralen die finanzielle Unterstützung Deutschlands verlangen, ohne ihnen die Rückbedingung ihrer eigenen Ansprüche verbürgen kann. Allerdings hätte auch die Zahlungsfähigkeit der Neutralen das Loch nicht stopfen können. Ausreichende Kredite könne nur Amerika gewähren. Aber auch diese könnten den wirtschaftlichen Untergang Deutschlands nur verzögern, aber nicht verhindern, wenn nicht eine Revision des Vertrages von Versailles erfolgt.

Fochs Furcht vor Deutschland

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Marschall Foch, er glaube nicht, daß der Völkerverbund den Weltfrieden bringe und Frankreich Sicherheit geben könne. Ich bleibe dabei, sagte Foch, daß die Sicherheit meines Landes nur durch wirkliche Garantien, wie die Rheinbarriere, sichergestellt werden kann. Ich habe mehr Vertrauen in die Tatsachen, als in idealistische Theorien und bin überzeugt, daß Frankreich heute weniger als je auf absolute Garantien verzichten kann. Deutschland, das durch den Krieg weder niedergeworfen noch zerschlagen ist, bildet für Frankreich immer noch eine ernste Bedrohung.

Die französischen Herausforderungen in Bremen.

Beim Aufenthalt einer französischen Militärkommission in Bremen ist es zu verschiedenen Zusammenstößen und auch zu regelrechten Prügeleien gekommen. Die französischen Offiziere entgegen der Mahnung des deutschen Garnisonkommandos, sich beim Ausgehen Zivill anzulegen, darauf bestanden hatten, sich in Uniform und mit allen Orden der Bremer Bevölkerung zu zeigen. Da nun obendrein zwei französische und ein italienischer Offizier einen Mann in Feldgrau stellten, weil er sie nicht begrüßt hatte, so ist es mehrfach zu Zusammenstößen und auch zu regelrechten Prügeleien gekommen. Diese Vorfälle haben sich die französischen Offiziere selbst zuzuschreiben, wenn sie trotz aller Mahnungen auf ein herausforderndes Auftreten auf der Straße nicht verzichten wollten. Außerdem ist kein deutscher Soldat und Offizier

verpflichtet, fremde Offiziere in Uniform auf deutschem Boden zu grüßen, es sei denn, die Franzosen machen es französischen Soldaten zur Pflicht, deutsche Offiziere auf der Straße zu grüßen. Solange das nicht geschieht, brauchen wir uns nur an den Versailler Vertrag zu halten, in dem nichts von solchen Verpflichtungen steht. Daß übrigens Franzosen, Engländer usw. sich wohlbewußt sind, daß ein pöbliches Herumschleudern in Uniform das deutsche Prestige auf der Straße herabsetzt und demgemäß zu Zusammenstößen führen kann, ergibt ja allein schon die Tatsache, daß in den Tagen, als die feindliche Auslieferungsliste bekanntgegeben wurde, in Berlin plötzlich alle feindlichen Uniformen verschwunden waren, weil alle diese Offiziere es aus guten Gründen vorzogen, in Zivil auszugehen. Hätten sie das auch in Bremen getan, so wären ihnen mancherlei schmerzliche Erfahrungen erspart geblieben. Im übrigen haben die Franzosen in Bremen bereits das Feld geräumt.

Weitere Besserung der deutschen Valuta.

Der Preisfall der fremden Zahlungsmittel hat sich am Donnerstag in unverminderter Schärfe fortgesetzt. Starke Angebot liefen namentlich die neutralen Devisen empfindlicher zurück. Wechsel auf Holland verbilligten sich abermals um 25 Mark, so daß der Rückgang seit Beginn der Woche 1062 Mark ausmacht. Norwegen und Schweden gaben je 100 Mark nach, Belgien 55 Mark, Dänemark 50 Mark, Finnland 21 Mark. Wechsel auf Italien und Wien behaupteten ihren Stand vom Mittwoch, während Auszahlung Prag um 3 Mark und Auszahlung Budapest um 1/2 Mark sich erhöhten. Dieser Bewegung entsprechend hat die Erholung des Marktkurses an den Hauptplätzen der neutralen Länder neue Fortschritte gemacht. Von Donnerstag melden die Mark Stockholm mit 7.25, Kopenhagen mit 8.60, Zürich mit 7.75 bis 8. Amsterdam mit 4 bis 4 1/2.

Die Vertreibung der Deutschen aus Polen und Westpreußen.

Die Polen entsafeln in den Provinzen Polen und Westpreußen gegen unsere deutschen Volksgenossen ein wahres Schreckensregiment. Insbesondere vertreiben sie jetzt aus den ihnen durch den Friedensschluß noch zugefallenen Grenzstädten die mißliebigen Deutschen aus allen Besetzen. Diese Vertreibung geschieht zudem mit einer Härte und in so rohen Formen, daß baldige Abhilfe dringend geboten ist. Unter Darlegung dieser empörenden Zustände haben sich mehrere Abgeordnete der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung mit der Anfrage an die Reichsregierung gewandt:

„Sind der Regierung diese Verhältnisse bekannt, und ist sie bereit, uneren geaualten Volksgenossen ihre traurige Lage mit wirksamen Maßnahmen zu beugehen, da Vertreibungen bei der polnischen Unzuverlässigkeit bisher stets vergeblich geblieben sind?“

Die Erungenchaften der Revolution in Gotha.

Liebliche Dinge enthält eine Anfrage der D. Vp. an die Reichsregierung. Es heißt da:

„Nach uns zugegangenen Mitteilungen herrschen in Freistaat Gotha unerhörte Zustände im gesamten Schulwesen. An der Spitze des Landesbildungsamtes stehen zwei von auswärts durch die Revolution ins Land gelommene Volksschullehrer, von denen der eine in ständlicher Beziehung schwere Bedenken hervorruft, der andere ein ausgesprochener Kommunist ist; der dritte, ein Volksschulamtsanwärter, der von beiden anderen die zweite Lehrprüfung bestanden, nachdem er Zeit seines Lebens zehn Wochen unterrichtet hat. Das gesamte Unterrichtswesen wird darauf eingestellt, daß die Jugend in rein kommunistischem Sinne unterwiesen und erzogen wird. Ein Terror ohnegleichen wird geübt, indem man ganz offen auspricht: Nur wer sich uns anschließt, hat Aussicht auf Vorwärtkommen. Alle nichtkommunistischen Parteien haben sich bereits, allerdings ohne befriedigende Antwort zu erhalten, an die Reichsregierung gewendet, und stehen chmach-

Was gememt die Reichsregierung zu tun, um diesen Mißständen Einhalt zu tun und die verfassungsmäßigen Rechte der nichtkommunistischen Bevölkerungsschichten zu schützen?

Barthous Kampf gegen Millerand.

Hinter den Kulissen der französischen Kammer wird stark darauf hingewirkt, Millerand zum Rücktritt zu bringen und einem offenen nationalistischen Ministerium unter Leitung Barthous Platz zu machen. Man wirft Millerand vor, daß er den ausländischen Eisenbahnarbeitern zu weit entgegengekommen und bei den Londoner Verhandlungen nicht energisch genug gegen den ersten Versuch zur Revision des Versailler Friedensvertrages vorgegangen sei. Der Feldzug gegen Millerand findet auch Unterstützung bei ehemaligen Mitarbeitern Clemenceaus, und Tardieu nimmt bereits im „Petit Parisien“ das Wort, um den Versailler Friedensvertrag gegen jede Schwächung zu schützen. Barthou selbst hat eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht, deren Verhandlung mit Rücksicht auf die Anleihe bis nächste Woche vertagt worden ist. Er hat die Vorstände der republikanischen Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung herangezogen und dabei förmliche Anklagen gegen die Regierung erhoben.

Die neue Wahlkreiseinteilung.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichsministerium des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. Es sind 62 Wahlkreise für die Wahl von vier, 23 für die Wahl von drei und 37 für die Wahl von fünf Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils zu einem Verbandswahlkreise zusammengefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar acht mit je vier, sechs mit je fünf, vier mit je sechs, vier mit je sieben und ein Wahlverband mit acht Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Völkerverbund und die Lage in Rußland.

Wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, erklärte Lloyd George im Namen des Obersten Rates in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerverbundes, eine Untersuchung der Lage in Rußland könne mit größter Autorität und mit mehr Erfolg unternommen werden, wenn sie anstatt vom internationalen Arbeitererrat, der nur ein Unter-eil des Völkerverbundes sei, vom Rate des Völkerverbundes selbst veranlaßt würde. Lloyd George fordert daher den Rat zu solchen Schritten auf.

Wie ferner aus Paris gemeldet wird, ist der Völkerverbund in London zusammengetreten. Er will namentlich Mitglieder der Untersuchungskommission sprechen, welche gemäß dem in London am 7. Januar gefaßten Beschluß nach Rußland entsandt werden sollen.

Revision des Friedens von St. Germain?

Wie die Prager „Bohemia“ meldet, sind in Wiener Entente-Kreisen Meldungen eingetroffen, nach denen die Alliierten des italienischen Ministerpräsidenten Nitti auch in der Frage der Revision des Friedensvertrages von St. Germain durchgedrungen sind. Da die Alliierten infolge des Tieslandes der österreichischen Valuta und der Zurückhaltung Nordamerikas nicht in der Lage sind, den Wiederaufbau Oesterreichs zu sichern, so I der Friedensvertrag von St. Germain auf einer Konferenz aller Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Das sterbende Wien.

Wie dem „Berl. Lokalanz.“ gemeldet wird, hat die Zahl der Todesfälle in Wien in der letzten Februarwoche 1102 betragen, die Zahl der Geburten nur 453. Keine Stadt von Europa weist eine gleich entsetzliche Statistik auf.

Poln Negri In: Wanda Baraka

ig!

ig.

Man entschuldigt sich.

Eine kleine Anfrage in der Volkskammer.

Das Reichsoberhaupt soll also nicht von Parteire-